

D1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Landesvielfaltsrat (dort beschlossen am: 27.03.2025)

Titel: Einfache Sprache bei Anträgen und Bewerbungen zum Landesparteitag

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass Anträge und Bewerbungen bei Bündnis
2 90/Die Grünen Schleswig-Holstein künftig nur noch zugelassen werden, wenn sie
3 zusätzlich einen Text mindestens in einfacher Sprache enthalten.

Antrag in einfacher oder leichter Sprache

4 **Begründung für Anträgen und Bewerbungen in einfacher Sprache**

5 **1. Mehr Teilhabe und Demokratie**

6 -Politische Anträge sind oft schwer verständlich.

7 -Viele Menschen, z. B. mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen,
8 können sich deshalb nicht aktiv einbringen.

9 -Ein Text in einfacher Sprache ermöglicht mehr Menschen, politische Anträge zu
10 verstehen und mitzugestalten.

11 **2. Transparenz und Verständlichkeit**

12 -Viele Parteimitglieder und Bürger*innen sind von Fachbegriffen und

13 komplizierten Formulierungen abgeschreckt.

14 -Ein zusätzlicher Text in einfacher Sprache hilft, Missverständnisse zu
15 vermeiden und politische Inhalte klarer zu kommunizieren.

16 **3. Vorbildfunktion der Grünen**

17 -Die Grünen setzen sich für Inklusion und Barrierefreiheit ein.

18 -Einfache Sprache ist ein wichtiger Schritt, um politische Prozesse gerechter zu
19 machen.

20 -Wenn die Grünen in Schleswig-Holstein damit anfangen, kann das ein Vorbild für
21 andere Parteien sein.

22 **4. Schnellere Diskussionen und Entscheidungen**

23 -Wenn Anträge und Bewerbungen sofort verständlich sind, sparen Mitglieder Zeit
24 bei der Diskussion.

25 -Es gibt weniger Nachfragen, Missverständnisse und unnötige Verzögerungen.

Begründung

Begründung:

Mehr als ein Drittel der eingereichten Anträge enthalten keinen leicht verständlichen Text. Dies erschwert die Teilhabe vieler Menschen, insbesondere von Personen mit Lernschwierigkeiten, geringen Deutschkenntnissen oder anderen Verständnishürden.

Ein zusätzlicher Text in einfacher Sprache verbessert die Barrierefreiheit, sorgt für mehr Transparenz und ermöglicht eine breitere Beteiligung an politischen Entscheidungen.

Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit begründet sich in der Tatsache, dass natürlich erst nach der Antragsfrist, die Anträge und Bewerbungen gesichtet werden konnten. Um für die zukünftigen Debatten und Auseinandersetzung mit unseren Anträgen und Bewerbungen alle Menschen beteiligen zu können, beantragen wir jetzt das für alle zukünftigen Anträge und Bewerbungen verpflichtend mindestens auch eine Fassung in einfacher oder in leichter Sprache vorliegen muss.

Unterstützer*innen

Lorenz Mayer (KV Segeberg), Grit Brederock (KV Rendsburg-Eckernförde), Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Britta Mohr (KV Rendsburg-Eckernförde), Caroline Sindern (KV Rendsburg-Eckernförde), Ansgar Makurat (KV Schleswig-Flensburg), Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg)

D2

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 01.04.2025)

Titel: Investitionen in starke Schulen

Antragstext

1 *Der Landesverband von B'90/Die Grünen Schleswig-Holstein bekennt sich zu einem*
2 *zukunftsorientierten Bildungssystem. Finanzielle und personelle Kürzungen, die*
3 *die Schulen unseres Landes in ihrer Funktionsweise beeinträchtigen, sehen wir*
4 *außerordentlich kritisch.*

5 *Auf die nachfolgenden Maßnahmen wollen wir künftig einen stärkeren Fokus legen:*

6 **Demokratie erlernen und erleben**

7 Wir leben in Zeiten multipler Krisen, die junge Menschen in besonderem Maße
8 belasten. In einer Zeit, in der sich die Sicherheitslage durch den
9 fortschreitenden Klimawandel, Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, das
10 angespannte transatlantische Verhältnis und nicht zuletzt durch Angriffe auf die
11 Grundfeste unserer Demokratie weiter verschärft, ist es die junge Generation,
12 die auf diese drängenden Probleme Lösungen finden muss.

13 Unsere Demokratie muss geschützt werden. Sie ist die Grundlage für unsere
14 Freiheit und den Wohlstand unserer Nation. Doch eine Demokratie ist nur so
15 stark, wie sich die Menschen für sie stark machen.

16 Schulen sollen Orte gelebter Demokratie sein. Hier soll Demokratie nichts
17 Abstraktes sein, sondern handfest vermittelt und erfahrbar werden.
18 Deshalb wollen wir die Mitbestimmung von Schüler:innen weiter stärken und die
19 Rahmenbedingungen, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, weiter ausbauen.

20 Kürzungen am WiPo-Unterricht lehnen wir dementsprechend konsequent ab.

21 **Schule am digitalen Puls der Zeit**

22 Schulen sollten stets offen sein für neue Formen des Lehrens und Lernens und
23 ihren Schüler:innen die Voraussetzungen für einen möglichst sanften Übergang in
24 das spätere Berufsleben mitgeben. Eine Schule am Puls der Zeit geht auch bei der
25 Digitalisierung mit.

26 Der Digitalpakt 2.0 ist hierbei ein anzuerkennender Erfolg auf dem Weg, Schulen
27 angemessen mit digitalen Endgeräten und einer digitalen Infrastruktur
28 auszustatten.

29 Im digitalen Raum lauern viele Gefahren. Die Schule hat eine besondere
30 Verantwortung, ihre Schüler:innen durch Präventionsmaßnahmen einerseits vor
31 diesen Gefahren zu schützen und ihnen andererseits auch den Umgang mit diesen zu
32 lehren. Diese Verantwortung steht nicht im Widerspruch mit der Verantwortung,
33 die alle Eltern für ihre Kinder und deren Nutzung digitaler Medien haben.

34 **Mentale Gesundheit braucht Priorität**

35 Die mentale Gesundheit unserer Schüler:innen ist fatal. Die im Koalitionsvertrag
36 festgelegte schulpsychologische Versorgung wollen wir weiterhin landesweit
37 ausbauen, um den gestiegenen Anforderungen an die psychosoziale Betreuung der
38 Schüler:innen Rechnung zu tragen.

39 Die Entfristung der Stellen von Schulpsycholog:innen war dabei ein immens
40 wichtiger Schritt. Nun brauchen wir deutlich mehr Stellen.

41 **Investitionen in Bildung sind lohnenswert**

42 Keine Investitionen lohnen sich so sehr wie Investitionen in Bildung. Wer heute
43 im Bildungsbereich spart, wird morgen auf weitere Kürzungen angewiesen sein. Im
44 Gegensatz dazu wird, wer jetzt die richtigen Investitionen tätigt, morgen deren
45 Früchte ernten können.

46 Durch die künftig mögliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des
47 Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer wollen wir die geplanten Kürzungen im
48 Bildungsbereich (wie z. B. die Reduzierung der Unterrichtsversorgung) wieder
49 zurücknehmen und darüber hinaus weitere Ausgaben, die im Koalitionsvertrag
50 geplant wurden, wie z. B. die Erstellung eines Musterraumprogrammes oder die
51 Einführung von Schulbauberater:innen, in Betracht ziehen.

Unterstützer*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg)